

Kleinkindbetreuung in Heidelberg – Was stimmt denn jetzt? Was brauchen wir wirklich?

OB Würzner wirft den Grünen in Sachen Kleinkindbetreuung in Heidelberg vor, mit falschen Zahlen und überzogenen Vorwürfen zu operieren. Dazu führte er in der RNZ 7 Punkte an.

Deshalb stellen wir an dieser Stelle klar: Unsere Analyse ist richtig gerechnet und unsere Forderungen sind gut begründet.

Wir beziehen im Folgenden Stellung zu jedem der 7 Vorwürfe des OB gegenüber den Grünen. Punkt für Punkt erläutern wir, wie wir zu unseren Zahlen kommen und warum wir unsere Forderungen in vollem Umfang aufrecht erhalten.

Punkt 1:

OB: „Heidelberg hat das Angebot für unter Dreijährige in den letzten vier Jahren verdoppelt.“

Grüne:

Stimmt. Aber der Ausbau der Kleinkindbetreuung in Heidelberg ist im Wesentlichen das Verdienst von Beate Weber, in deren Amtszeit als OB das Angebot stark zunahm. Seit der Amtsübernahme von OB Würzner im Jahr 2007 ist der geplante weitere Ausbau ins Stocken geraten.

Entwicklung der Kleinkindbetreuungsplätze in Heidelberg				
Kindergarten-jahr	Zahl der Betreuungsplätze in Einrichtungen	Versorgungsgrad	Geplanter Ausbau für Folgejahr	Realer Ausbau
04/05	485	15,45%	100	
05/06	585	18,23%	132	100
06/07	716	22,48%	150	136
07/08	916	28,68%	200	195
08/09	977	* 28,34%	100	61
09/10	1045	30,30%	100	68

Quelle: Örtliche Bedarfsplanung der Stadt Heidelberg *eigene
Berechnung nach Änderung der Bezugsgröße - vorher: Kinder von 2 Monate bis 3 Jahre, neu: Kinder von 0 - 3 Jahre

Punkt 2:

OB: „Vom Bund ist gesetzlich eine Betreuungsquote von 35 Prozent bis 2013 als Vollversorgung definiert und nicht über 50%, wie die Grünen fälschlich behaupten. Diese 35% hat Heidelberg bereits heute erreicht.“

Grüne:

Gesetzlich ist in § 24 SGB VIII vorgeschrieben, dass jede Kommune ein bedarfsgerechtes Angebot für Unter Dreijährige vorhalten muss – und zwar schon ab Oktober 2010. Das örtliche bedarfsgerechte Angebot für Kleinkinder liegt in Heidelberg seit Jahren bei einer

Betreuungsquote von über 50%. Im letzten Jahr wurden 52,7% für Heidelberg ermittelt.

Eine Kommune, die den örtlichen Bedarf noch nicht erfüllen kann, muss in einem Übergangszeitraum bis 2013 dieses Angebot aufbauen. Sie ist verpflichtet, bis dahin eine jährliche örtliche Bedarfsplanung mit einem stufenweisen Ausbauplan zu erstellen. Denn am 1.8. 2013 wird es ernst: Dann tritt der gesetzliche Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für alle Kinder ab 1 Jahr in Kraft. Dann können Eltern, die keinen Betreuungsplatz finden, notfalls klagen.

Bei der von OB Würzner angeführten 35%- Betreuungsquote handelt es sich lediglich um einen Orientierungswert, der den vermuteten bundesweiten Bedarf im Durchschnitt angibt. Er hat mit der Heidelberger Bedarfsermittlung und -erfüllung nichts zu tun.

Punkt 3:

OB: „Bis 2013 ist in Heidelberg eine Betreuungsquote von 50% geplant.“

Grüne:

Der von der Stadt festgestellte Bedarf lag 09 bei 52,75%. Es ist zu erwarten, dass die Nachfrage mit wachsendem Angebot weiter wächst. Denn seit 2004 stehen jedes Jahr weit über 1000 Eltern mit Betreuungswunsch auf den Wartelisten der Einrichtungen, für die es aber keinen Platz gibt.

Besorgniserregend ist, dass im jüngsten Bericht aus der Stadtverwaltung im November 2009 zum Ausbau der Kleinkindbetreuung in Heidelberg (Drs 0175/2009/IV) erstmals deutliche Finanzierungsvorbehalte formuliert werden hinsichtlich des weiteren Ausbaus: „...kann die Stadt nicht alle Projekte sofort finanzieren. Die Zuschüsse werden vielmehr nur im Rahmen der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln ... abfließen“ (S. 3.5.) „Die Umsetzung der Planvorhaben ist in jedem Einzelfall von der Finanzierbarkeit durch den städtischen Haushalt abhängig.“ (S. 3.6) „Der Vorbehalt der Finanzierbarkeit der Investitionszuschüsse im jeweiligen Haushaltsjahr wird auch gegenüber den planenden Trägern deutlich benannt.“ (S. 3.8)

Punkt 4:

OB: „Die Zahl von 800 fehlenden Betreuungsplätzen, mit der die Grünen operieren, ist falsch. Um die geplanten 50% Betreuungsquote zu erreichen, benötigt Heidelberg noch 340 Plätze in Einrichtungen und 170 Tagespflegeplätze, also insgesamt 510.“

Grüne:

Es fehlen mindestens 800 Betreuungsplätze in der Stadt. Mit den von OB Würzner angegebenen 510 zusätzlichen Plätzen wird selbst die Zielmarke von 50% verfehlt.

Bei der letzten Bedarfsermittlung zum KiGaJahr 09/10 zählte die Stadt Heidelberg 1753 erforderliche Betreuungsplätze in Einrichtungen für Kinder aus Heidelberg. Hinzu kommen 150 auswärtige Kinder, die in Heidelberg einen Betreuungsplatz suchen (diese sind auch zu berücksichtigen; dafür erhält die Stadt gesetzlich garantierte finanzielle Erstattung von den entsprechenden Wohnortkommunen).

Einem Bedarf an 1903 Plätzen steht also ein Angebot von 1045 Plätzen (Stand 1.9.09) gegenüber: Demnach fehlen derzeit 858 Plätze in Heidelberger Betreuungseinrichtungen für Unter-Dreijährige.

Punkt 5:

OB: „Der Ausbau der Kleinkinderbetreuung geht planmäßig voran. Weitere Investitionen im kommenden Jahr: 2 Millionen.“

Grüne:

Seit 2 Jahren kommt in Heidelberg der reale Ausbau an Betreuungsplätzen dem geplanten Ausbau nicht mehr hinterher. Im Jahr 2007/08 wurde geplant, dass im Kindergartenjahr 2008/09 200 neue Plätze eingerichtet werden sollen, es kamen aber nur 61 dazu. 2009/10 sollten 100 Plätze neu geschaffen werden, es sind bislang aber erst 68. Deshalb muss der Ausbau ab sofort in größeren Schritten vorangehen, wenn bis 2013 der Bedarf gedeckt werden soll.

Punkt 6:

OB: „Heidelberg ist eindeutig Spitze. Das von den Grünen vorgebrachte Tübingen rechnet in seine 38 Prozent Betreuungsquote als einzige Stadt auch Spielgruppen von unter vier Stunden Betreuung täglich mit ein. Würde Heidelberg diese Gruppen ebenfalls mit einrechnen, wäre Heidelberg wieder deutlich vor Tübingen mit seiner faktisch 32,5 prozentigen Betreuungsquote. Es handelt sich also um einen statistischen Unterschied. Hinzu kommt, dass Tübingen eine kreisangehörige Stadt und Heidelberg ein Stadtkreis ist. Damit ist eine offizielle Vergleichbarkeit nicht möglich.“

Grüne:

Die Stadt Tübingen hat Heidelberg von der Baden-Württembergischen Spitzenposition verdrängt mit ihrem Betreuungsangebot für Unter Dreijährige: 2009 wurde dort eine Betreuungsquote von 40 % erreicht (nicht eingerechnet dabei sind die Spielgruppen mit einer Betreuungszeit von unter vier Stunden). Bezogen auf Plätze in Einrichtungen erreicht Tübingen laut Statistischem Landesamt einen Versorgungsgrad von 31,3% und im Vergleich dazu Heidelberg mit 30,6%. Diese Zahlen beziehen sich selbstverständlich auf die Stadt Tübingen, nicht auf den gesamten Landkreis Tübingen. Das Statistische Landes- und das Bundesamt veröffentlichen dagegen nur die Zahlen für den Landkreis Tübingen - nur aus diesem Grund erscheint die Stadt Tübingen bei den Städterankings nicht in der Spitzenposition.

Punkt 7:

OB: „Die Stadt Heidelberg hat die Förderung der freien Träger von 2,3 Millionen Euro 2008 auf 6,2 Millionen Euro 2009 gesteigert, so dass Eltern bereits heute im Durchschnitt 27% weniger bezahlen als im Jahr zuvor. 2010 wird eine weitere Million hinzukommen.“

Grüne:

Sinkende Elternbeiträge sind gut, wenn sie insbesondere einkommensschwache Eltern entlasten. Sie helfen aber nicht denjenigen Eltern, die keinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden. Elternbeitragsenkung ersetzt folglich nicht den notwendigen weiteren Ausbau.

Zum Schluss:

Der Ausbau der Kleinkindbetreuung ist eine große Herausforderung und verlangt erhebliche finanzielle und organisatorische Anstrengungen. Deshalb taugt sie nicht als Gegenstand für Rechthaberei. Es muss jetzt darum gehen, die konkrete Planung für die nächsten Ausbauschritte zu präzisieren. Damit so schnell wie möglich, aber spätestens 2013 für alle Kinder mit Betreuungsbedarf auch ein Platz vorhanden ist.